

Deutschland-Berlin: Transport- und Beförderungsdienstleistungen (außer Abfalltransport)

OJ S 205/2023 24/10/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: ukb-AESFULAP InstrumentenManagement GmbH

Postanschrift: Warener Straße 7

Ort: Berlin

NUTS-Code: DE300 Berlin

Postleitzahl: 12683

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): BG Kliniken

E-Mail: christoph.harms@bg-kliniken.de**Internet-Adresse(n):**Hauptadresse: www.bg-kliniken.de**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHH6T6P/documents>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHH6T6P>**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Andere: Tochterunternehmen eines Krankenhausträgers

I.5. Haupttätigkeit(en)

Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Logistik der Zentralsterilisation des ukb

Referenznummer der Bekanntmachung: 3-23-2 (200) BER

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

60000000 Transport- und Beförderungsdienstleistungen (außer Abfalltransport)

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Medizinprodukttransport für die Zentralsterilisation des BG Klinikums Unfallkrankenhaus Berlin (ukb).

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

60100000 Straßentransport/-beförderung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE300 Berlin

Hauptort der Ausführung: Zentralsterilisation des BG Klinikums Unfallkrankenhaus Berlin
Warener Straße 7 12683 Berlin Weitere Erfüllungsorte ergeben sich aus den
Zielbeschreibungen in den Vergabeunterlagen.

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Durchführung von Transportleistungen im Rahmen der regelmäßigen Belieferung von
Krankenhäusern in Berlin und Brandenburg durch die ukb-AESCU LAP
InstrumentenManagement GmbH am Unfallkrankenhaus Berlin.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien
Preis

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 48

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Siehe unten Optionen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Durch Ausübung eines Optionsrechts des Auftraggebers kann der Vertrag einmalig um ein
Jahr verlängert werden.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der
EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Nichtvorliegen von zwingenden Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1, 4 GWB (Eigenerklärung im Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" erforderlich); liegt ein zwingender Ausschlussgrund vor, so sind aussagefähige Unterlagen zur Selbstreinigung gemäß § 125 GWB vorzulegen;
2. Nichtvorliegen von fakultativen Ausschlussgründen nach § 124 Abs. 1 GWB (Eigenerklärung im Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" erforderlich); liegt ein fakultativer Ausschlussgrund vor, so sind aussagefähige Unterlagen zur Selbstreinigung gemäß § 125 GWB vorzulegen;
3. Erklärung, dass das Unternehmen des Bewerbers nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022 /576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen gehört, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen sowie Erklärung, dass die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.
4. Erklärung, dass das Unternehmen des Bewerbers nicht wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG und nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens EUR 2.500 oder wegen eines Verstoßes gemäß § 22 LkSG mit einer Geldbuße von wenigstens einhundertfünfsiebzigtausend Euro belegt worden ist und keine aktueller Verstoß und kein anstehender Bußgeldbescheid gegen das Unternehmen des Bewerbers beziehungsweise die verantwortlich handelnde(n) Person(en) nach § 98c Abs. 1 AufenthG oder nach § 21 SchwArbG bekannt ist (Eigenerklärung im Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" erforderlich).
5. Eintragung im Berufs- oder Handelsregister oder gleichwertige Bescheinigung einer Behörde des Ursprungs- oder Herkunftslandes des Bewerbers (Eigenerklärung im Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" erforderlich);
6. Mitgliedschaft bei Berufsgenossenschaft oder gleichwertige Bescheinigung einer Behörde des Ursprungs- oder Herkunftslands des Bewerbers (Eigenerklärung im Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" erforderlich).

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens sowie den Umsatz bezüglich des Tätigkeitsbereichs des Auftrags, jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre.
 - Der Auftragnehmer hat vor Beginn seiner Tätigkeit eine Betriebshaftpflichtversicherung auf eigene Kosten abzuschließen und bis zur Beendigung des Vertrages aufrechtzuerhalten. Die Deckungssummen müssen pro Schadensfall mindestens betragen:
5 000 000 EUR für Personenschäden;
3 000 000 EUR für Vermögens- und Sachschäden
und müssen jährlich mindestens 2 Mal in voller Höhe ungeschmälert zur Verfügung stehen (2-fach Maximierung).
- Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung mit den oben angegebenen Deckungssummen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Mindestens 1 Referenz über in den letzten 3 Jahren ausgeführte Leistungen, insbesondere Arzneimittel- und Medizinproduktlieferungen an Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen und die Verbringung innerhalb der Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen bis auf die Verbrauchsstation, die mit den hier zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind, unter Angabe eines Ansprechpartners mit Kontaktdaten, des Durchführungszeitraums und des Durchführungsortes.

Eigenerklärung, dass der Bieter die Lieferstationen und die Transportwege vor Angebotserstellung besichtigt hat.

Liste und Fotodokumentation der Transportfahrzeuge und der verwendeten Transporttechnik innerhalb der Krankenhäuser.

Liste und Fotodokumentation der einheitlichen Oberkörperbekleidung der eingesetzten Mitarbeiter.

Diese Nachweis können nicht durch die Angabe der Nummer des für den öffentlichen Auftraggeber zugänglichen Präqualifikationsregisters geführt werden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Erfahrung mit mindestens 1 in den letzten 3 Jahren ausgeführte Leistungen, insbesondere Arzneimittel- und Medizinproduktlieferungen an Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen und die Verbringung innerhalb der Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen bis auf die Verbrauchsstation, die mit den hier zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind.

Der Auftragnehmer verfügt über die erforderlichen Ausstattungsgegenstände, um alle mit der Dienstleistung betrauten Mitarbeiter, auch die möglicher Nachunternehmer, mit einer einheitlichen Oberkörperbekleidung auszustatten, damit die Mitarbeiter während der Anlieferung klar dem Unternehmen des Auftragnehmers zuzuordnen sind.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Der Auftragnehmer stattet alle mit der Dienstleistung betrauten Mitarbeiter mit einer einheitlichen Oberkörperbekleidung aus, um sicherzustellen, dass die Mitarbeiter während der Anlieferung klar dem Unternehmen zuzuordnen sind.

Der Auftragnehmer hat eine verantwortliche Projektleiterin oder einen verantwortlichen Projektleiter zu bestimmen. Die Projektleiterin oder der Projektleiter und deren Stellvertreterin oder Stellvertreter sind mit dem Angebot zu benennen.

Die Ausführungen von Leistungen durch Nachunternehmer unterliegt folgenden besonderen Bedingungen:

Der Bieter hat Art und Umfang der Leistungen anzugeben, die er an geeignete Nachunternehmer übertragen will.

Namen und Adresse der Nachunternehmer sind spätestens mit Abgabe des Angebotes anzugeben und deren Eignung durch die im Punkt III.1.1) ff. des Bekanntmachungstextes aufgeführten Erklärungen und Belege mit der Angebotsabgabe nachzuweisen.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4. Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 20/11/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 30/11/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: ja

Voraussichtlicher Zeitpunkt weiterer Bekanntmachungen:

Ende 2027

VI.3. Zusätzliche Angaben

1. Die Vergabeunterlagen dürfen ausschließlich für die Teilnahme an diesem Vergabeverfahren verwendet werden; eine weitergehende Verwendung, auch in umgearbeiteter Form, ist ausgeschlossen. Ein derartiges Nutzungsrecht wird ausdrücklich nicht erteilt.
2. Die Beantwortung von Fragen zum Verfahren sowie sämtliche Kommunikation zwischen den Beteiligten und der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über das Deutsche Vergabeportal DTVP. Andere Anfragen werden nicht beantwortet. Zur Teilnahme an der Kommunikation ist eine Registrierung erforderlich.
3. Mit dem Angebot sind ausschließlich die in dem Formblatt "04_Angbotsschreiben" aufgeführten Unterlagen vorzulegen. Welche Unterlagen vorzulegen sind, ergibt sich aus der Aufforderung zur Angebotsabgabe.
4. Bietergemeinschaften legen die Bietergemeinschaftserklärung bei. Die Eigenerklärung zur Eignung sowie die Tariftreueerklärung sind von allen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft einzureichen (siehe Aufforderung zur Angebotsabgabe).
5. Wenn die Beauftragung von Eignungsleihgebern vorgesehen ist, sind das Verzeichnis der Leistungen anderer Unternehmen, die Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen sowie die Eigenerklärung zur Eignung mit dem Angebot einzureichen (siehe Aufforderung zur Angebotsabgabe Ziffer). Das gilt auch für verbundene Unternehmen. Bei der vorgesehenen Beauftragung von Nachunternehmern ist das Verzeichnis der Leistungen anderer

Unternehmen mit dem Angebot einzureichen (siehe Aufforderung zur Angebotsabgabe Ziffer). Das gilt auch für verbundene Unternehmen. Der Auftraggeber behält sich vor, für Nachunternehmer Eignungsnachweise zu fordern.

6. Das Vergabeverfahren wird von der BG Kliniken - Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung gGmbH für die teilnehmenden Kliniken und Unfallbehandlungsstelle des BG-Klinikverbundes geführt.

7. Die elektronische Abgabe der Angebote muss über die Vergabeplattform DTVP so rechtzeitig erfolgen, dass die Angebote bis zum Ende der Angebotsfrist vollständig übermittelt worden sind. Dabei ist genügend Zeit für die Anmeldung des Bieters auf der Vergabeplattform und für den Übermittlungsvorgang einzuplanen. Die Bieter werden auf die Erläuterungen des Plattformbetreibers auf den Internetseiten für Bieter (<https://support.cosinex.de/unternehmen/>) hingewiesen. Insbesondere sind die Hinweise über die Abgabe von elektronischen Teilnahmeanträgen und Angeboten zu beachten. Diese fristgebundenen Erklärungen dürfen nicht über das z.B. für Bieterfragen genutzte Kommunikationstool eingereicht werden.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YHH6T6P

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Bundes

Postanschrift: Villemombler Straße 76

Ort: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.de-mail.de

Telefon: +49 02289499-0

Fax: +49 02289499-163

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Möchte ein Unternehmen einen Verstoß gegen Vergabevorschriften geltend machen, so hat es diese innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen ab Kenntnis gegenüber der Auftraggeberin zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die auf Grund der Bekanntmachung oder erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zu Angebotsabgabe der Auftraggeberin gegenüber gerügt werden.

Teilt die Auftraggeberin dem Unternehmen mit, dass sie der Rüge nicht abhelfen werde, so kann das Unternehmen innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang dieser Mitteilung einen schriftlichen Antrag auf Nachprüfung bei der zuständigen Vergabekammer stellen (§ 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)).

Die genannten Fristen gelten nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 S. 2 bleibt unberührt.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

19/10/2023